



WELCOME2BW
Newsletter für Engagierte 04/20

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten. Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 3
<u>3. Rechtsprechung</u>	S. 5
<u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 6
<u>5. Veranstaltungen</u>	S. 8
<u>6. Stellenausschreibungen</u>	S. 8
<u>7. Impressum</u>	S. 9

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

514 Abschiebungen im ersten Quartal 2020

Italien und Albanien führen die Liste an

514 Personen wurden im ersten Quartal des Jahres aus Baden-Württemberg abgeschoben. Häufigstes Zielland war dabei Italien, wohin 70 Abschiebungen durchgeführt wurden. Abzüglich der vier abgeschobenen italienischen Staatsangehörigen, die abgeschoben wurden, dürfte es sich hierbei um Dublin-Überstellungen bzw. Abschiebungen von Personen mit Schutzstatus in Italien handeln. Bezüglich Abschiebungen ins Herkunftsland liegen Albanien, Serbien und Pakistan vorne. Nach Afghanistan wurden 15 Personen abgeschoben, nach Gambia elf.

[Weiterlesen ...](#)

Massenunterbringung sofort beenden!

Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, 15. April 2020

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert angesichts der jüngsten Fälle von Coronavirus-Infektionen in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete ein sofortiges Ende der Massenunterbringung sowie eine transparente Informationspolitik und Schutzvorkehrungen für geflüchtete Menschen.

[Weiterlesen ...](#)

Gambia: Erfüllung der Passpflicht durch die Vorlage von Proxy-Pässen

Das baden- württembergische Innenministerium hat auf folgendes hingewiesen:

Bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, beispielsweise nach § 19 d Abs. 1 a AufenthG im Anschluss an die Ausbildungsduldung erfüllen gambische Staatsangehörige ihre Passpflicht, wenn sie einen Proxy-Pass aus Gambia vorlegen können. Dabei handelt es sich um Pässe, die in Gambia in der Regel über eine dritte Person beantragt und vor Ort ausgestellt werden. Wichtig ist dabei, auf die genaue Übermittlung der persönlichen Daten und der eingescannten Unterschrift zu achten, damit sich keine Fehler bei der Ausstellung einschleichen.

Im Rahmen der Identitätsklärung bezüglich Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung ist zu erwarten, dass man ebenfalls zur Besorgung eines solchen Proxy- Passes aufgefordert wird.

Schutz statt Diskriminierung

Pressemitteilung der Konstanzer Seebrücke

Die Konstanzer Seebrücke kritisiert in ihrer Pressemitteilung diskriminierende Sondermaßnahmen im Stadt- und Landkreis Konstanz gegen mit Covid-19 infizierte Geflüchtete und deren Kontaktpersonen und fordert dazu auf, Geflüchtete wirksam zu schützen.

- Konstanzer Seebrücke, 16.04.2020: [Schutz statt Diskriminierung](#)

Starkes humanitäres Zeichen gefordert

Bündnis "Sicherer Hafen Mannheim" schreibt Offenen Brief an Ministerpräsident Kretschmann

Das Bündnis "Sicherer Hafen Mannheim", in dem 33 Mannheimer Einrichtungen zusammengeschlossen sind, darunter Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Nationaltheater, haben einen "Offenen Brief" an Ministerpräsident Winfried Kretschmann geschrieben, der an die Stadt, an die Presse und an weitere Multiplikator*innen ging. In dem Offenen Brief wird ein Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Jugendliche gefordert, sowie die Unterstützung Baden-Württembergs für die Bundesrats-Initiative zu Abschaffung der Erfordernis der Zustimmung des Bundes zu Landesaufnahmeprogrammen.

- [Offener Brief des Bündnisses "Sicherer Hafen Mannheim"](#)

8. April - Internationaler Roma-Tag

Presemitteilung der Anlaufstelle PRO ROMA Waldkirch

Die [Anlaufstelle PRO ROMA Waldkirch](#) äußert sich anlässlich des Welt-Roma-Tages am 8. April: "Jährlich wird am 8. April die Kultur der Roma gefeiert und an ihren wichtigen Kampf um Menschen- und Bürgerrechte erinnert. Nach wie vor ist dieser Kampf wichtig, denn noch immer sind Roma europaweit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (u.a. Bildungsbereich, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt) benachteiligt und von Antiziganismus betroffen."

[Weiterlesen ...](#)

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

Aufnahme aus Griechenland: Sofortiges Handeln notwendig

Gemeinsame Pressemitteilung von Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten

Am kommenden Samstag landen in Niedersachsen 55 unbegleitete Kinder im Alter von 8-17 Jahren, deren Aufnahme Deutschland nach langem Gezerre zugestimmt hat. PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte kritisieren diese Zahl als lächerlich gering. Die Aktion droht zu einem Feigenblatt zu verkommen für die Nicht-Aufnahme Tausender Geflüchteter, die in den Insellagern in Griechenland sich selbst überlassen sind. Eine Aufnahme, die ernsthaft Abhilfe schafft und angesichts der drohenden Corona-Pandemie Schlimmeres in den sogenannten Hotspots verhindert, muss anders aussehen.

[Weiterlesen ...](#)

EU-Kommission: Aussetzung von Dublin-Fristen nicht europarechtskonform!

Corona Krise: BAMF setzt Fristen in Dublin-Fällen aus - Nach solchen Aussetzungen sollen die Überstellungsfristen neu beginnen

Mit der Corona Krise sind Überstellungen von Geflüchteten, für die nach der Dublin Verordnung ein anderer EU-Staat verantwortlich ist, bis auf Weiteres nicht möglich. Das BAMF möchte verhindern, dass durch einen Fristablauf, i.d.R. sechs Monate, Deutschland die Asylgründe der Geflüchteten selbst prüfen und dann ggf. einen Schutzstatus gewähren muss. Deswegen schickt das BAMF an alle Personen, die bereits eine "Unzulässigkeitsentscheidung" bekommen haben und deren Überstellungsfrist noch nicht abgelaufen ist,

eine Mitteilung über die Aussetzung der Fristen nach § 80 Abs. 4 VwGO i.V.m. Art. 27 Abs. 4 Dublin-III-Verordnung. Auch in neuen Dublin-Bescheiden werden die Fristen ausgesetzt. Dieses Vorgehen ist rechtlich fragwürdig.

Alle Betroffenen sollen sich umgehend informieren und Kontakt zu einer Beratungsstelle oder Anwält*innen aufnehmen!

- [Pro Asyl und Equal Rights Beyond Borders, 08.04.2020: Praxishinweise zur aktuellen Aussetzung von Dublin-Überstellungen und Überstellungsfristen auf Grund der Corona-Pandemie](#)
- [David Werdermann, 09.04.2020: Dublin-Überstellungsfristen in der Coronakrise. Die Taschenspielertricks des BAMF](#)

Pro Asyl fordert Kurskorrektur vom BAMF

Die EU-Kommission stützt Pro Asyls Position, dass die vom BAMF eingeführte Aussetzung der Dublin-Überstellungsfrist während der Corona-Pandemie rechtswidrig ist. Pro Asyl fördert das Bundesinneministerium nun dazu auf, dafür zu sorgen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge diese neue Praxis einstellt.

[Weiterlesen ...](#)

Corona-Newsticker von Pro Asyl

Pro Asyl sammelt in einem Newsticker aktuelle Informationen und Entwicklungen zur Coronakrise, die relevant für Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen sind. Zum Newsticker gelangen Sie [hier](#).

An den Bundestag: Evakuiert die griechischen Inseln jetzt

Aktion der Kampagne #LeaveNoOneBehind

Die #LeaveNoOneBehind-Kampagne hat eine neue Aktion ins Leben gerufen, die es ermöglicht, mit wenig Aufwand lokale Bundestagsabgeordnete zur Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager aufzufordern. Durch die Eingabe der eigenen Postleitzahl werden die lokalen Bundestagsabgeordneten ausgegeben. Nach Auswahl der Abgeordneten, die man anschreiben möchte, wird eine vorformulierte Mail an diese verschickt.

- #LeaveNoOneBehind: [Mailaktion zur Evakuierung der griechischen Inseln](#)

Forderungen von Integrationsbeauftragten in der Corona-Krise

Im Zusammenhang mit den aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV-2 haben die Integrationsbeauftragten von Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen dringenden Handlungs- und Regelungsbedarf zu einigen zuwanderungs- und integrationsrelevanten Punkten geäußert.

- April 2020: [Gemeinsame Erklärung von Integrationsbeauftragten](#)

Bundesagentur für Arbeit erteilt Globalzustimmung für Arbeitserlaubnisse für Erntehelfer*innen

Da aufgrund der Coronakrise, Erntehelfer*innen aus Drittstaaten fehlen, die Spargel stechen und Erdbeeren

pflücken, hat die Bundesagentur für Arbeit nun eine Globalzustimmung für Beschäftigten in Betrieben der Landwirtschaft für Ausländer*innen erlassen.

[Weiterlesen ...](#)

Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung

Medico international und das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. fordern in ihrer gemeinsam gestarteten Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung den Deutschen Bundestag auf: "Alle, die auf Dauer hier leben wollen, sollen zum Anlass des 70. Jahrestages des Grundgesetzes ein Bleiberecht erhalten."

Für Geduldete und Illegalisierte Menschen ist ein Leben in "Freiheit von Furcht und Not" nicht möglich. Ebendies ist jedoch laut Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zentrale Bedingung für "unantastbare Würde". Durch Artikel eins des Grundgesetzes sind Staat und Politik dazu verpflichtet, allen, die in Deutschland leben, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen – nicht nur deutschen Staatsbürger*innen. Mit der Forderung nach einem Bleiberecht wird ein Schritt in Richtung auf eine Politik eingefordert, die diesen Anspruch endlich ernst nimmt.

- [zur Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung](#)

3. Rechtsprechung

LSG Niedersachsen: fragwürdige Leistungskürzungen AsylbLG und Erfüllung von Mitwirkungspflichten von Roma

Das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen hat einer Beschwerde stattgegeben und die Frage aufgeworfen, ob Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG mit der durch das Grundgesetz garantierten Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar sind. Dies wird in dem Hauptverfahren zu klären sein. Bezüglich der Mitwirkungspflichten, weist das Gericht darauf hin, dass "zu berücksichtigen [ist], dass Roma [in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens] nicht selten nicht im Geburtsregister erfasst wurden." In dem Fall hätten die Betroffenen ihre Mitwirkungspflichten erfüllt. Darüber hinaus seien die Hinweise des Landkreises zur Mitwirkung zu unkonkret gewesen. Auch in Baden-Württemberg haben viele Betroffene aus dem ehemaligen Jugoslawien Probleme ihre Identität zu klären, weswegen dieser Beschluss für die Begleitung und Beratung dieser Personen wichtig sein kann.

- [LSG Nds-HB, L 8 AY 4/20 B ER, 09.04.2020](#)

Gerichte ordnen Entlassung aus Erstaufnahmeeinrichtung an

Das Verwaltungsgericht Leipzig hatte am 22.04.20 bereits einem Eilantrag auf Verlegung stattgegeben, genauso wie das Verwaltungsgericht am 24.04.20. Die Gerichte ordneten die Verlegung an und stellen fest, dass es "auf der Hand [liegt], dass Antragsteller durch eine Verpflichtung zum Wohnen in der EAE einem erhöhten Infektionsrisiko infolge der hier ja auch vom Antragsgegner angenommenen Pandemielage ausgesetzt sind."

- [Verwaltungsgericht Dresden, 24.04.20, 11L269/20A](#)
- [Verwaltungsgericht Leipzig, 22.04.20, - 3 L 204/20 -](#)

4. Materialien und Veröffentlichungen

Aufzeichnung des Webinars: „Neues aus dem Asyl- und Aufenthaltsrecht“

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat auf seinem YouTube-Kanal eine Aufzeichnung des am 4. April durchgeführten Webinars „Neues aus dem Asyl- und Aufenthaltsrecht“ veröffentlicht.

- [Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Webinar „Neues aus dem Asyl- und Aufenthaltsrecht“](#)

Unterstützungsarbeit mit Geflüchteten in Zeiten der Corona-Pandemie

Praxistipps des Paritätischen Gesamtverbands

Die Arbeitshilfe des Paritätischen Gesamtverbands zeigt Wege der Unterstützung geflüchteter Menschen in der Corona-Krise auf. Insbesondere sollen Möglichkeiten vorgestellt werden, auch in der aktuellen Situation die Informationskanäle zu geflüchteten Menschen offen zu halten und alternative Kommunikationsmöglichkeiten und -formate zu nutzen, um die Unterstützungsarbeit aufrechtzuerhalten und neue Projektideen in die Tat umzusetzen. Die Broschüre richtet sich an Berater*innen und Unterstützer*innen geflüchteter Menschen.

- Der Paritätische, April 2020: [Unterstützungsarbeit mit Geflüchteten in Zeiten der Corona-Pandemie](#)

Mehrsprachige Videos zum Corona-Virus

Die Stadt Stuttgart hat mehrsprachige Videos über das Corona-Virus veröffentlicht. Die Spots wurden aufgrund der aktuellen Situation von den Geflüchteten in Eigenregie mit Smartphone aufgenommen und vom Landesfilmdienst BW produziert. Sie sind abrufbar auf der Seite der [Stadt Stuttgart](#) und auf Youtube in den Sprachen Arabisch, Kurdisch, Farsi/Dari, Tigrinya, Französisch, Russisch, Englisch.

Mehrsprachige Informationen und Ideen für die Zeit mit Kindern zu Hause

Die Koordinierungsstelle Kita-Einstieg (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.) hat mehrsprachig [Informationen und Ideen für die Zeit mit Kindern zuhause](#) zusammengestellt.

Soziale Arbeit und Solidarität in Zeiten von Social Distancing

Welche Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen im Kontext der Corona Pandemie auf Bereiche der Gesellschaft, die ohnehin von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind? Was bedeutet dies für die alltägliche Soziale Arbeit? Wie lässt sich Solidarität im Rahmen der zweifelsohne notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus umsetzen? Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hat zu diesen Themen Informationen zusammengestellt.

- BumF, April 2020: [Soziale Arbeit und Solidarität in Zeiten von Social Distancing](#)

FAQ: Corona und Arbeitsrecht

Auf der [Homepage von Faire Integration](#) lassen sich Informationen zu drängenden Fragen von Arbeitnehmer*innen in der Pandemie in Deutsch, Englisch und Arabisch abrufen.

Orientierungshilfe Familienzusammenführung in der Coronakrise

Das DRK hat eine Orientierungshilfe zum Thema Familienzusammenführung in Zeiten des Corona-Virus veröffentlicht, in welcher es auf verschiedene Probleme eingeht, die sich in diesem Kontext durch die Einschränkungen durch das Coronavirus ergeben. Außerdem hat das DRK ebenfalls ein Merkblatt zum Thema Einbindung in das Verfahren zur Familienzusammenführung von neugeborenen Kindern syrischer Staatsangehörigkeit in der Türkei veröffentlicht.

- [Arbeitshilfe Familienzusammenführung in Zeiten von Corona](#)
- [Merkblatt Einbindung neugeborener Kinder in das Verfahren zur Familienzusammenführung in der Türkei](#)

Online Vortrag: Solidarität mit Geflüchteten in Zeiten der Corona-Krise

Donnerstag, 30.04.2020, 19:30 Uhr

Die Seebrücke Konstanz lädt zu einem online Vortrag zu der Situation von Flüchtenden an der griech.-türk. Grenze, auf den griechischen Inseln und auf dem Mittelmeer ein. Michael Brandt, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE, und Sophie Scheytt, Juristin, berichten von aktuellen Ereignissen, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona Krise. Interessierte können sich [hier](#) anmelden und erhalten vor Veranstaltungsbeginn den kostenlosen Zuganglink. Die Veranstaltung wird mit Hilfe von „zoom“ durchgeführt.

Anwendungshinweise des BMI zum § 60b AufenthG (Duldung light)

Das Bundesinnenministerium hat ausführliche Anwendungshinweise zur Duldung für Personen mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG veröffentlicht. Die Anwendungshinweise finden Sie [hier](#).

Broschüre besondere Rechte im Asylverfahren

Der Flüchtlingsrat Thüringen hat eine Broschüre zum Thema "Besondere Rechte im Asylverfahren - Informationen für Schutzsuchende mit besonderen Bedürfnissen" erstellt. Die Broschüre soll zur schnelleren und umfassenderen Identifikation, Beratungsvermittlung und dem Erkennen der Versorgungsbedarfe geflüchteter Menschen mit besonderen Schutzbedürfnissen speziell in Thüringen beitragen, enthält aber auch interessante Informationen für Beratende und Geflüchtete aus anderen Bundesländern.

- [Broschüre: Besondere Rechte im Asylverfahren - Informationen für Schutzsuchende mit besonderen Bedürfnissen](#)

Stellungnahme Zugang zum Internet in Gemeinschaftsunterkünften

Anja Lederer, Rechtsanwältin, hat eine gutachtliche Stellungnahme zum Anspruch auf kostenfreien Zugang zum Internet in Unterkünften für Geflüchtete veröffentlicht. In dieser kommt Sie zu dem Schluss, dass geflüchteten Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften unter verschiedensten rechtlichen Gesichtspunkten ein Anspruch auf kostenfreien Zugang zum Internet zusteht. Anja Lederer hat unter anderem die Arbeitshilfe "Grundrechte für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften" der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg und Opferperspektive e.V.

verfasst.

- [Anwaltliche Stellungnahme zum Anspruch auf kostenfreien Zugang zum Internet in Unterkünften für Geflüchtete](#)
- [Arbeitshilfe "Grundrechte für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften"](#)

Bericht der Bundesregierung zur Situation von UMF in Deutschland

Die Bundesregierung hat den jährlichen Bericht zur Situation von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland für das Jahr 2018 veröffentlicht. Zum 28. Februar 2019 lebten insgesamt 38.926 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe, darunter waren 14.916 unbegleitete Minderjährige und 24.010 junge Volljährige. Das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher verpflichtet die Bundesregierung jährlich darüber zu berichten, ob die Versorgung und Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland gewährleistet ist. Dabei beleuchtet sie verschiedene Aspekte, wie beispielsweise Alter und Herkunft der Kinder, psychische und physische Gesundheitssituation, Fluchtgründe, Familienverhältnisse, aber auch die Wünsche und Bedürfnisse der UMA. Den Bericht können Sie [hier](#) abrufen.

5. Veranstaltungen

Webinare Übersicht 1. Halbjahr 2020

Aufgrund der aktuellen Situation bietet der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg in den nächsten Wochen - zusätzlich zu den bereits geplanten - weitere Webinare an. Eine Übersicht finden Sie [hier](#).

Webinare zu Migration, Gleichstellung und Teilhabe

Die Bildungs- und Beratungsstelle G mit Niedersachsen bietet verschiedene Webinare aus dem Bereich Migration, Gleichstellung und Teilhabe an. Die Webinare richten sich an Fachkräfte aus diesen Arbeitsbereichen und weitere Interessierte. Themen der Webinare sind zum Beispiel Gendersensible Arbeit mit geflüchteten Menschen oder Intersektionale Gestaltung von Bildungsangeboten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Homepage](#) von G mit Niedersachsen.

6. Stellenausschreibungen

Projektreferent*in in Teilzeit ab dem 1. Juli 2020 gesucht

Stellenausschreibung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Zur Verstärkung seines engagierten Teams sucht der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ab dem 01.07.2020 eine*n ebenso engagierte*n Mitarbeiter*in.

[Weiterlesen ...](#)

Ehrenamts- und Community-Manager*innen gesucht

Stellenausschreibung von "Zusammenleben Willkommen"

Die NGO "Zusammenleben Willkommen" schafft ein Zusammenleben zwischen geflüchteten und beheimateten Menschen in WGs. Dabei wird sie von zahlreichen ehrenamtlichen Menschen in ganz Deutschland unterstützt. In den Jahren 2020 und 2021 wird dieser Bereich weiter ausgebaut und dezentralisiert. Einen besonderen Fokus nimmt dabei die machtkritische und diskriminierungssensible Schulung und Begleitung der Ehrenamtlichen ein. Dazu werden vier Ehrenamts-/Community-Manager*innen eingesetzt, die für die Ehrenamtsgruppen in den verschiedenen Bundesländern zuständig sind. Bei dieser Ausschreibung geht es um die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern.

- [Weitere Informationen](#)

7. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de